



Kohlenmonoxid: Polizeivollzug mit Warngeräten ausstatten

Von Ronald Helmer,
Vorsitzender Fachbereich Schutzpolizei

Kohlenstoffmonoxid umgangssprachlich Kohlenmonoxid (CO) ist ein farb-, geruch- sowie geschmackloses und hochentzündliches brennbares Gas, das bei einer unvollständigen Verbrennung aufgrund unzureichender Sauerstoffzufuhr, wie zum Beispiel bei Schwelbränden, entsteht und von den menschlichen Sinnesorganen nicht wahrgenommen werden kann. In geschlossenen Räumen kann es daher schnell zu einer erhöhten CO-Konzentration kommen und somit eine tödliche Gefahr darstellen, während es im Freien eher unproblematisch ist.

Da es eine etwas geringere Dichte als die Umgebungsluft hat, verteilt es sich nahezu gleichmäßig in geschlossenen Räumen und kann aufgrund seiner geringen molekularen Größe auch durch viele Materialien, beispielsweise auch in Gebäudeteilen, diffundieren.

Kohlenmonoxid wirkt im menschlichen Körper in erhöhter Konzentration auf Blut, Nerven und Zellen. Es bindet sich im Blut an das für den Sauerstofftransport zuständige Hämoglobin der roten Blutkörperchen und verhindert somit den weiteren Sauerstofftransport. Anzeichen für eine CO-Vergiftung sind Schwindel, Kopfschmerzen, Übelkeit und Erbrechen. Bei einer schweren Vergiftung können neurologische Beschwerden auftreten, die bis zur Bewusstlosigkeit oder gar zum Tod führen können. Einsatzkräfte müssen unter anderem bei Einsätzen zum Beispiel in Shisha-Bars, bei offensichtlichen Suiziden mittels Holzkohlegrill, bei defekten beziehungsweise manipulierten Heizungen (mit Gas oder Heizöl betrieben) oder Lagerstätten von Holzpellets mit einer erhöhten Konzentration von Kohlenmonoxid am Einsatzort rechnen. Liegen die Ursachen für eine erhöhte Kohlenmonoxid-Konzentration in geschlossenen Räumen jedoch beispielsweise an defekten oder manipulierten Heiz- oder Schornsteinanlagen, so ist das Erkennen der damit verbundenen Gefahren an den Einsatzorten schwieriger. Bei der Feuerwehr stehen in der Regel geeignete Messgeräte (Mehrgas-Messgeräte) zur Verfügung, da sie bei einer Vielzahl von Einsätzen mit Atemgiften eingesetzt werden. Was bei der Feuerwehr Hamburg mit dem Einsatz von CO-Warngeräten zum Beispiel an den Medizintaschen von RTW-Besatzungen bereits Alltag ist, klingt bei der



© DPoIG Hamburg

> Ronald Helmer

Polizei Hamburg noch nach Zukunftsmusik. Innensenator Andy Grote (SPD) muss sich fragen lassen, ob es bei ihm unterschiedliche Wertschätzungen bezüglich der Gesundheit seiner Beschäftigten von Polizei und Feuerwehr gibt. Bei der Polizei Hamburg gibt es zurzeit keine Planungen, CO-Warngeräte für die Kolleginnen und Kollegen des Polizeivollzugs zu beschaffen. Dabei sind es oft genug die Kolleginnen und Kollegen aus dem Primärvollzug, die als erste Kräfte am Einsatzort noch vor der Feuerwehr eintreffen. Bei der Polizei Hamburg sind es bisher lediglich die Spürtruppfahrzeuge, die mit einem CO-Messgerät der Firma Dräger (Modell X-am 7000, Wert circa 2.000 Euro) ausgestattet sind.

Diese Geräte liefern verlässliche Messwerte, wenn sie regelmäßig gewartet werden. Außerdem sollten sie regelmäßig einem Funktionstest unterzogen werden, damit der Hersteller die Garantie übernimmt. Billigen Messgeräten, wie die in Baumärkten erhältlichen Kleingeräte in Schlüsselanhängeroptik, erteilen die Experten von Polizei und Feuerwehr eine klare Absage. Diese Kleingeräte sind viel zu unzuverlässig und unterliegen keinerlei Wartung und regelmäßiger Überprüfung. Geräte ab 100 Euro weisen zwar eine Garantie von zwei Jahren auf, allerdings unterliegen sie regelhaft keinen Wartungsintervallen und müssen (!) nach Ablauf der Garantie ausgetauscht werden. Die **DPoIG Hamburg** fordert Innensenator Andy Grote zum Schutz der eingesetzten Polizeibeamtinnen und -beamten auf, die Kollegen unverzüglich mit handlichen CO-Mess- und Warngeräten auszustatten! Diese CO-Warner sollten so beschaffen sein, dass sie zum Beispiel an Außentragehüllen befestigt werden können. Wenn es um das Leben und die Gesundheit der Kolleginnen und Kollegen geht, darf sich die Frage der Finanzierbarkeit nicht stellen! ■

> Kohlenmonoxid – die tödliche Gefahr!

„Kohlenmonoxid-Vergiftungen sind weltweit die Hauptursache für tödliche Vergiftungen. Das Statistische Bundesamt verzeichnete für 2015 insgesamt 648 Todesfälle durch die toxische Wirkung von Kohlenmonoxid. Es ist der höchste Wert seit 1998 (477). Davon sind laut Statistik 146 Vergiftungen auf Unfälle sowie 347 auf vorsätzliche Selbstbeschädigung (etwa Suizid) zurückzuführen. Laut Axel Hahn, Toxikologe am Bundesinstitut für Risikobewertung, vergiften sich geschätzt mehr als 3.000 Menschen in Deutschland mit Kohlenmonoxid. ‚Wie viele es wirklich sind, wissen wir nicht, weil es in Deutschland kein Vergiftungsregister gibt.‘ Wegen ihrer unspezifischen Symptomatik werde eine Kohlenmonoxid-Vergiftung oft nicht erkannt oder falsch gedeutet.“

(Quelle: „Stuttgarter Nachrichten“, 5. Februar 2018)

Impressum:

Redaktion:
Frank Riebow (v. i. S. d. P.)
Erdkampsweg 26
22335 Hamburg
Tel. (0 40) 48 28 00
Fax (0 40) 25 40 26 10
Mobil (0175) 3 64 42 84
E-Mail: FRHamburg@gmx.de
Landesgeschäftsstelle:
Holzdamms 18, 20099 Hamburg
Tel. (0 40) 25 40 26-0
Fax (0 40) 25 40 26 10
E-Mail: dpolig@dpolig-hh.de
Geschäftszeit: Montag bis
Donnerstag, 9.00 bis 17.00 Uhr,
Freitag, 9.00 bis 15.00 Uhr
Fotos: DPoIG Hamburg, fotolia,
Pixabay, Frank Riebow
ISSN 0723-2230



@DPoIGHH



Joachim Lenders – 25 Jahre Landesvorsitzender der DPoIG Hamburg

Von Thomas Jungfer, Erster stellvertretender Landesvorsitzender

Am 17. Februar war es so weit – vor genau 25 Jahren – am 17. Februar 1994 wurde Joachim Lenders als Nachfolger von Herrmann-J. Friederich auf dem Landeskongress der DPoIG Hamburg zum Landesvorsitzenden gewählt.

Zu Beginn seiner Amtszeit war Joachim Lenders noch bis 1996 Bundesjugendleiter der DPoIG und bis 1997 des Weiteren stellvertretender Bundesvorsitzender der Jugendorganisation des Deutschen Beamtenbundes (dbb jugend). Im April 1995 wurde Joachim erstmalig zum stellvertretenden DPoIG-Bundesvorsitzenden gewählt und seit 2015 ist er der Erste stellvertretende Bundesvorsitzende der **Deutschen Polizeigewerkschaft**. Diese Bilderbuchkarriere begann 1985 als Landesjugendleiter innerhalb seiner gewerkschaftlichen Heimat, der **DPoIG Hamburg**. Als neu gewählter Landesvorsitzender war Joachim Lenders noch lange im Schichtdienst tätig und nahm sein Ehrenamt neben den zahlreichen Diensten in seiner Verwendung als Mitarbeiter im Reviervollzug und Zivilfahnder wahr. Mittlerweile ist er freigestelltes Mitglied im Personalrat der Polizei und Beisitzer im Personalratsvorstand. Aber nicht „nur“ als Polizeige-



„Für mich?“ Ja! Überraschungsfeier als Dankeschön für 25 Jahre großartige Arbeit als Landesvorsitzender der DPoIG Hamburg.

werkschafter spielt Joachim eine herausragende Rolle. Er ist Mitglied der CDU Hamburg und dem Ortsverband Wandsbek in besonderer Weise verbunden. Von 2001 bis 2004 und wieder seit der letzten Bürgerschaftswahl im Jahr 2015 ist Joachim Abgeordneter der Hamburgischen Bürgerschaft. Joachims kritische Haltung zu Sparplänen des CDU-geführten Senats bei der Polizei führten während

seiner ersten Legislaturperiode als Bürgerschaftsabgeordneter zu Diskussionen und Differenzen in der CDU-Bürgerschaftsfraktion. Joachim blieb sich treu – er war und ist zuerst Polizist und Polizeigewerkschafter! Zahlreiche Innensenatoren, Staatsräte und Polizeipräsidenten hat Joachim in diesem Vierteljahrhundert als Landesvorsitzender „überstanden“. Niemand hat die **DPoIG Ham-**

burg bisher so geprägt und nach vorne gebracht wie er. Während seiner Amtszeit wurden viele gewerkschaftspolitische Forderungen der **DPoIG Hamburg** auf den Weg gebracht und umgesetzt. Immer wieder ist Joachim vorgeprescht, um zum Beispiel bei der Behördenleitung oder der Polizeiführung für die Interessen der Kolleginnen und Kollegen zu kämpfen! Für jede Gewerkschaft, die erfolgreich sein will, ist Öffentlichkeitsarbeit und Medienpräsenz das A und O. Auch hier hat Joachim in den vergangenen 25 Jahren einen Quantensprung für die **DPoIG Hamburg** vollzogen. Zahlreiche Artikel, Kommentare und TV-Auftritte in lokalen und überregionalen Medien von „Schalthoff live“ bis „hart aber fair“ haben die **DPoIG** auch außerhalb der Polizei bekannt gemacht. Dabei ist er immer mit offenem Visier und klarer Kante für die Polizeibesetzten und die Polizei eingetreten. Joachim Lenders hat ganz entscheidend dazu beigetragen, dass die **DPoIG Hamburg** seit vielen Jahren die größte und erfolgreichste Polizeigewerkschaft in Hamburg ist. Bis heute ist er ein bodenständiger Mensch geblie-



Bundesvorsitzender Rainer Wendt ließ es sich nicht nehmen, persönlich zu gratulieren, danke Rainer!



Thomas Jungfer, Erster stellvertretender Landesvorsitzender, skizzierte launig und detailliert den gewerkschaftlichen Weg von Joachim Lenders.



ben. Auch wenn die Ressource „Zeit“ bei ihm knapp bemessen ist, immer noch sieht man ihn bei den Einsatzbegleitungen und dabei fortwährend im direkten Gespräch mit den Kolleginnen und Kollegen am Einsatzort. Die gesamte **DPoIG-**

Hamburg-Familie bedankt sich bei Joachim Lenders für seine tolle, erfolgreiche und immer an der Sache ausgerichtete, sehr engagierte Arbeit als Landesvorsitzender unserer Gewerkschaft! Polizei war und ist „Lenders-Sache“!

„Ein Vierteljahrhundert an vorderster Front für die **DPoIG** in Hamburg – die Amtszeit von Joachim Lenders als Landesvorsitzender der Hansestadt ist eine einzige Erfolgsgeschichte. Seit vielen Jahren ist die **DPoIG** in Hamburg die mit Abstand führende gewerkschaftliche Kraft. Von hier aus gehen und gingen immer wieder kraftvolle Impulse in die gesamte Bundesorganisation hinein und haben so zum bundesweiten Erfolg der **DPoIG** wesentliche Beiträge geleistet. Joachim Lenders ist Gewerkschafts- und Politikprofi, eine großartige Kombination aus Kampfkraft für die Belegschaft der Polizei und gleichzeitigem Geschick, Forderungen auch durchzusetzen und an den richtigen Stellen einzubringen. Unermüdlich war und ist Joachim Lenders sowohl in der Bundes-**DPoIG** als auch führend im Deutschen Beamtenbund tätig und unentbehrlich. Wir zählen jedenfalls auf weitere Jahre und sind ihm schon jetzt zu großem Dank verpflichtet!“



© Tomas Moll

Rainer Wendt, **Bundesvorsitzender Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG)**

„Als ich im Februar 1994 dem Landeskongress der **DPoIG** vorschlug, den Kollegen Joachim Lenders zum neuen Landesvorsitzenden zu wählen, war ich überzeugt, dass der beste **DPoIG**-Kollege zur Wahl stand. In zahlreichen gemeinsamen Terminen hatte sich Joachim zuvor drei Jahre lang auf dieses neue Amt vorbereitet, und auch seine gewerkschaftliche Arbeit für die JUNGE POLIZEI in Hamburg und im Bund hatte ihm wertvolles Wissen für die neue Aufgabe vermittelt. Und er enttäuschte weder mich noch die Delegierten des Jahres 1994. Er stellte ein schlagkräftiges Führungsteam zusammen, und mit ihm als Motor wuchs die **DPoIG** in Hamburg zu ihrer heutigen Größe. Sein Engagement und seine Glaubwürdigkeit überzeugten viele Kolleginnen und Kollegen, ob beamtet oder tarifgebunden, ob Vollzug oder Verwaltung, sie traten zu Tausenden in die **DPoIG** ein und machten sie zu der Polizeigewerkschaft mit hamburgischem Akzent und bundesweiter Bedeutung. So kann ich heute, 25 Jahre später, aus meinem Ruhestand heraus feststellen, dass die Wahl des Jahres 1994 nicht nur ein Glücksfall für die **DPoIG** war. Tausende Kolleginnen und Kollegen verdanken ihm und seiner beharrlichen gewerkschaftlichen Arbeit beruflichen Aufstieg und damit Anerkennung für ihre schwere Arbeit in unserer Stadt. Mein Resümee: Unser Kollege Joachim Lenders hat sich nicht nur um die **Deutsche Polizeigewerkschaft**, sondern um jeden Einzelnen von uns verdient gemacht. Auch hierfür sollten wir Joachim Lenders einmal ‚Danke‘ sagen.“



© DPoIG

Hermann-J. Friederich, **Ehrenvorsitzender DPoIG Hamburg**

„Joachim gehört dem ‚goldenen‘ Oktober-Einstellungslehrgang 1979 an und hat auf verschiedenen Parketten über viele Jahre sehr erfolgreich gewirkt. Es ist ihm dabei gelungen, sowohl als Personalrat als auch in der Politik, die Interessen der Polizei Hamburg und ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hervorragend zu vertreten. Das nunmehr 25-jährige Schaffen als Landesvorsitzender der **DPoIG** überstrahlt sicherlich alles noch etwas: Jo, Du hast auch als Gewerkschafter viel für Deine Polizei erreicht. Für das alles gebührt Dir viel Dank und Anerkennung!“



© POA

Ralf Martin Meyer, **Polizeipräsident, Polizei Hamburg**

„25 Jahre als Landesvorsitzender der **DPoIG Hamburg** im unermüdlichen Einsatz für die Kolleginnen und Kollegen und die Interessen der Polizei Hamburg. Dabei kennt Joachim kaum Pausen und setzt sich immer mit Herzblut nicht nur für die großen Anliegen, sondern auch für die ganz kleinen ein. Für mich ist er nicht nur ein fachkundiger Ansprechpartner und verlässlicher Kollege, sondern mit seiner fairen, anständigen und loyalen Art, ist Joachim ein echter Freund geworden auf den ich mich immer verlassen kann.“



© DPoIG

Dennis Gladiator, **innenpolitischer Sprecher der CDU-Bürgerschaftsfraktion**

„Joachim Lenders ist ein Glücksfall für die Mitarbeiter der Hamburger Polizei. Mit Verve ist er zu einhundert Prozent für die gerechte Bewertung unseres anstrengenden Berufes engagiert. Dieses Engagement trägt entscheidend mit dazu bei, die polizeiliche Arbeit zum Erfolg und zum Wohle der Bürger zu führen, denn Berufszufriedenheit ist kein Selbstläufer. Beharrlich in der Verfolgung dieser Ziele, anstrengend in der Diskussion und immer bereit, sich vom besseren Argument überzeugen zu lassen. Ein Verhandlungspartner mit einem ausgeprägten Fachwissen auf Augenhöhe, gemachte Verabredungen gelten – ein Mann, ein Wort. Darüber hinaus humorvoll, freundschaftlich, geradeheraus und immer kollegial. Er hat das ‚Ohr auf dem Gleis‘ und ist stets nah an den Kolleginnen und Kollegen, unabhängig von dessen Dienstrang. Weitere 25 Jahre **DPoIG**-Landesvorsitz durch Joachim Lenders könnten mich nicht schrecken! Danke für die vertrauensvolle Zusammenarbeit!“



© POA

Hartmut Dudde, **Leiter Schutzpolizei, Polizei Hamburg**



Öffentlicher Dienst der Länder – Tarifverhandlungen 2019 „Uns steht das Wasser bis zum Hals – der öffentliche Dienst geht baden“

Hamburg: Warnstreik – Demonstration – Protest

Joachim Lenders:
„Die ‚6‘ muss kommen!
– Wir wollen keinen
flächendeckenden
Streik, aber wenn
sich die öffentlichen
Arbeitgeber weiterhin
verweigern, scheuen
wir davor nicht zurück,
das versprechen wir!“

Rund 1.500 Kolleginnen und Kollegen demonstrierten am 12. Februar kreativ und lautstark für ihre berechnete Forderung nach 6 Prozent mehr Lohn! Der hamburgweite Warnstreik und die Demonstration durch die Hamburger Innenstadt vom Hachmannplatz zum Rathausmarkt waren zugleich ein eindrucksvoller Protest gegen die bisherige, nicht nachvollziehbare Verweigerungshaltung der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL). Den Landesbeschäftigten und den während ihrer solidarischen Pause mitdemonstrierenden Landesbeamtinnen und -beamten – unter ihnen Polizeibeamte, Feuerwehrleute sowie Steuer-, Strafvollzugs- und Justizbeamte – fehlt jedes Verständnis für die Blockadehaltung der öffentlichen Arbeitgeber in den Ländern! Das sorgt bei allen Beschäftigten der hamburgischen Verwaltung aus Behörden und Ämtern, aus der Polizei oder den sozialen Diensten für großen Unmut, den sie nun auf die



➤ Kritisieren die Blockadehaltung der TdL: Landesvorsitzender Joachim Lenders, Landestreikleiter Michael Adomat und Beate Petrou, Vorsitzende des Fachbereiches Verwaltung (von links).



> Joachim Lenders: „Wir wollen keinen flächendeckenden Streik, aber wir scheuen davor auch nicht zurück!“



Straße getragen haben! Auf dem Rathausmarkt sprachen Joachim Lenders, **DPoIG**, Erster stellvertretender Bundesvorsitzender und Hamburger Landesvorsitzender, dbb Bundesvize Friedhelm Schäfer, Michael Adomat, Landestreichleiter und stellvertretender Landesbundvorsitzender dbb Hamburg, sowie Karoline Herrmann, Bundesvorsitzende der dbb Jugend, zu den Kolleginnen und Kollegen! Mit Blick auf das Rathaus

stellte Joachim Lenders, fest, dass von dort anscheinend die Mauertaktik der Arbeitgeber unterstützt wird, das könne nicht hingenommen werden. „Uns steht das Wasser bis zum Hals“, betonte dbb Bundesvize Friedhelm Schäfer. „Wer jetzt auf Zeit spielt, verspielt die Zukunft“, warnte Schäfer und forderte die Arbeitgeber auf, endlich ein verhandelbares Angebot auf den Tisch zu legen. Michael Adomat, Vorsitzender

der dbb Landestarifkommission, unterstrich die Kampfbereitschaft der Beschäftigten: „Wir kommen wieder, wenn es nicht anders geht, und werden die Blockadehaltung der Arbeitgeber knacken.“ Die Vorsitzende der dbb Jugend, Karoline Herrmann, die auch Mitglied der dbb Bundesleitung ist, verwies auf den Nachholbedarf der Landesbeschäftigten. „Die Tarifkonditionen hinken denen von Bund und Kommunen

deutlich hinterher und die Beamtenbesoldung nach Kassenlage ist das reinste Trauerspiel. Das wollen wir in dieser Einkommensrunde ändern.“ Um dem Motto „Uns steht das Wasser bis zum Hals – der öffentliche Dienst geht baden“ auch im Wortsinn gerecht zu werden, sprangen Kolleginnen und Kollegen in die eiskalte Alster – ein herzliches Dankeschön für diese tolle Aktion! Wir kämpfen weiter! ■



> Gleich wird es nass und kalt ...



> ... super Aktion, danke für euren tollen Einsatz!



Wissensvorsprung für **DPoIG**-Mitglieder Schlagzeilen aus der Verwaltung

Die diesjährige Jahresauftaktklausur des Fachbereichs Verwaltung der **DPoIG Hamburg** liegt bereits hinter uns. Am 16. Januar trafen sich interessierte und aktive Kolleginnen und Kollegen aus dem Fachbereich Verwaltung in unserer Landesgeschäftsstelle und planten die anstehenden Themen und Termine. Des Weiteren fand ein Gespräch mit dem Landesvorstand der **DPoIG** statt. Als nächstes ist ein Tagesseminar mit dem Tenor „Tarifabschluss leicht erklärt“ am 20. März geplant. Eingeladen wurde der Tarifreferent des Personalamtes, André Kuhring. Darüber hinaus ist dann ein zweitägiges Vertrauensleuteseminar in Vorbereitung. Weitere Seminare werden in diesem Jahr folgen.

■ KoPers macht PERS k. o.

Mittlerweile nervt das neue Abrechnungssystem KoPers auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Polizei. Viele Abrechnungen sind falsch und nicht nachzuvollziehen, besonders betrifft das Beschäftigte im Schichtdienst. Der Gipfel wurde erreicht, als vier Beschäftigte kein Januar-Gehalt

erhielten. Die **DPoIG Hamburg** hat bereits mehrfach darauf hingewiesen, was von dem unausgereiften Abrechnungssystem, dass für alle Behörden und Ämter eingekauft wurde, zu halten ist. Es gab bereits Gespräche auf höchster Ebene und Presseberichte in Hamburger Medien. Der Fachbereich Verwaltung wird die Umstellung weiterhin kritisch begleiten und berichten.

■ Personalsituation in der Personalabteilung

Was die Arbeit in der Personalabteilung betrifft, sind die Kolleginnen und Kollegen mittlerweile an der Grenze der Belastbarkeit. Eine hohe Fluktuation, ständiger Personalwechsel, hohe Anforderungen in der Sachbearbeitung und ständig, auch von der Arbeitsmenge her, anwachsende Personalauswahlverfahren belasten die Personalsachbearbeiter und die Führungsebene stark. Dazu kommt natürlich das neue System KoPers, was die Mitarbeiter dort zur Verzweiflung treibt. Dem Personalrat liegen mehrere Überlastungsanzeigen vor. Die **DPoIG Hamburg** ist mit der Polizeiführung

und dem Personalamt im Gespräch. Eine erste Erleichterung konnten zwei zusätzliche Personalsachbearbeiterstellen bringen. Aber bis dort wieder ein Normalzustand erreicht wird, bedarf es noch eines langen Atems für die Kolleginnen und Kollegen.

■ Zukunft des DGT

Die Personalsituation im LKA 26 DGT mit möglichen geplanten Veränderungen war bereits Thema im Personalrat und wird damit natürlich auch die **DPoIG Hamburg** beschäftigen.

Hier geht es um Arbeitsbelastung und Personalbedarfsbemessung sowie um Informationen und zielführende Kommunikation mit den Mitarbeitern. Die Ausrüstung und die Schwerpunkte der zukünftigen dienstlichen Tätigkeit sind ebenfalls ein Thema. Die **DPoIG Hamburg** ist mit den dortigen Beamten und Beschäftigten im Gespräch.

■ AiP: Erfolge ... und noch ein Projekt

Inzwischen ist endlich die Ausschreibung für zwei An-

gestellengruppenführer-Stellen (EG 8) bei der LBP 9 auf dem „Markt“. Eine langjährige Forderung der **DPoIG Hamburg** wird damit endlich umgesetzt. Auch das geforderte Berufsbild AiP wird nun erweitert. Mit der Schaffung der zusätzlich 100 AiP-Stellen für die lokale Sicherheit wird eine höhere Bezahlung verbunden mit anderen Tätigkeiten möglich sein. Unzureichend geregelt ist jedoch noch immer die Frage des Tragens der Dienstwaffe. Die **DPoIG Hamburg** sieht hier dringenden Regelungsbedarf. Tatsächlich gibt es ein weiteres AiP-Konzept: Das Projekt zur Optimierung des Verkehrsflusses in Hamburg. Weitere 20 AiP sollen helfen, den Stau auf Hamburgs Straßen zu beseitigen, unterstützt von 16 weiteren Koordinierungskräften, die mit dem System ROADS die Verkehrsflüsse analysieren sollen. Hier werden bis zu 16 neue Stellen im Angestelltenbereich geschaffen, die Eingruppierung soll deutlich über EG 5 liegen. Auch hier wird die AG AiP der **DPoIG** ihr Fachwissen, ihre Anmerkungen, Ideen und Fragen einbringen. ■



► Landesvorsitzender Joachim Lenders zu Gast bei der Arbeitstagung des Fachbereiches Verwaltung.



Erste Bundesstudierendenkonferenz der Polizeihochschulen der Länder

Von Flavia Hove, JUNGE POLIZEI



Anfang Dezember des vergangenen Jahres fand in Aschersleben (Sachsen-Anhalt) die erste Bundesstudierendenkonferenz der Polizeifachhochschulen der Länder statt. Zehn weitere Bundesländer nahmen neben dem Gastgeber an der Konferenz der Polizeifachhochschulen teil (Baden-Württemberg, Brandenburg, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Sachsen, Schleswig-Holstein und Thüringen). Ziel der Konferenz war es, den Austausch der Studierenden der Polizeifachhochschulen voranzutreiben und zu intensivieren. Bis dato konnten die Studierenden der verschiedenen Bundesländer sich nicht adäquat über das Studium austauschen. Auch ein Vergleich der Ausbildungsinhalte war eher schwierig bis unmöglich. Um ein besseres Studium zu gewährleisten, ist es aus Sicht der Studentinnen und Studenten unumgänglich, dass Studierende die Lehrinhalte mitgestalten können. Hierzu

ist der Austausch mit anderen Bundesländern immens wichtig. Die Konferenz sollte diesen Wissenstransfer ermöglichen und den Studierenden der verschiedenen Bundesländer andere Sichtweisen vermitteln, aber auch neue Impulse geben. Voneinander lernen stand hierbei also im Vordergrund.

Zunächst stellte jedes teilnehmende Bundesland „seine“ Fachhochschule vor:

- > Wie sind die Studierendenvertretungen aufgebaut?
- > Verfügt die Studierendenvertretung über ein eigenes Budget?
- > Haben die Vertretungen Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte und wenn ja, in welchem Umfang und in welchen Gremien?

Bei der Vorstellung wurde deutlich, dass die meisten Bundesländer mehrere Standorte für Ausbildung und Studium haben und diese teilweise auch voneinander getrennt sind. Das wirkt

sich auch auf die jeweilige Organisation und Struktur der Studierendenvertretungen aus. Bundesländer wie Hamburg, Sachsen-Anhalt und Thüringen werden zentral gesteuert. Niedersachsen wird dezentral gesteuert und die unterschiedlichen Vertretungen müssen sich in stetiger Absprache untereinander organisieren. Zudem konnte festgestellt werden, dass die teilnehmenden Bundesländer in der Entwicklung ihrer Studierendenvertretungen unterschiedlich weit vorangeschritten sind. Dies lässt sich unter anderem an der Mitwirkung und Mitbestimmung festmachen. Hamburg hat insbesondere in diesem Bereich erhebliche Defizite. Während Studierendenvertretungen in anderen Bundesländern ein Mitspracherecht bei der Gestaltung des Studiums haben, kommt dies in Hamburg deutlich zu kurz. Außerdem haben einige Bundesländer ein eigenes Budget und eigene Räumlichkeiten, um die Angelegen-

heiten der Studierenden sachgerecht vertreten zu können. Auch dies gibt es in Hamburg nicht. Ein weiterer Themenkomplex waren die „polizei-praktischen Studieninhalte“, welche insbesondere uns Hamburger seit einiger Zeit intensiv beschäftigen. Die „polizei-praktischen Studieninhalte“ variieren bei den verschiedenen Polizeihochschulen deutlich, jedoch sind in jedem der teilnehmenden Bundesländer Polizeieinsatztraining und Sport im Modulhandbuch erfasst, während auch dies in Hamburg nicht der Fall ist. Insbesondere die Erkenntnis, dass in allen der teilnehmenden Bundesländer, außer Hamburg, die Sport- und Einsatztrainingsleistungen ein K.o.-Kriterium im Studium sein können, lässt die Frage offen, ob nicht über eine Einführung von Sport und Einsatztraining in das Modulhandbuch nachgedacht werden sollte. Dies scheint zumindest in Hamburg nach Aussage der zuständigen Stellen hochschulrechtlich nicht möglich zu sein. Ein gemeinsames Problem bewegt jedoch alle Polizeihochschulen, die an der Konferenz teilnahmen – der erhebliche Platzmangel an den Fachhochschulen. Zumindest mit diesem Problem steht Hamburg nicht allein da. Abschließend lässt sich sagen, dass die Bundesstudierendenkonferenz den Hamburger Studierenden der Fachhochschule der Polizei den Blick über den Tellerrand ermöglichte. Der Austausch mit anderen Polizeifachhochschulen hat uns neue Möglichkeiten aufgezeigt, die es jetzt umzusetzen gilt. Die **DPoIG** hat die Durchführung dieser ersten Bundesstudierendenkonferenz der Länder materiell unterstützt – dafür ein ganz herzliches Dankeschön! ■



Schifffahrt

Höchstgeschwindigkeit auf der Unterelbe

Auf der Elbe gelten seit dem 1. Februar dieses Jahres Tempolimits für Schiffe. Aus Richtungsgeschwindigkeit wurde die zulässige Höchstgeschwindigkeit: Schiffe ab einer Länge von 90 Metern müssen zwischen Cuxhaven und der Hamburger Landesgrenze Höchstgeschwindigkeiten einhalten.

So sind zwischen Wedel und dem Hamburger Hafen maximal zehn Knoten erlaubt. Diese Maßnahme hatte die Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes bereits

Mitte Januar angekündigt. Grundsätzlich gilt: Je weiter elbaufwärts, desto langsamer! Zwischen Glückstadt und Wedel gelten zwölf Knoten, zwischen Brunsbüttel und Glückstadt 14 sowie zwischen Cuxhaven und Brunsbüttel 15 Knoten. Die Bekanntmachung zur Seeschiffahrtsstraßen-Ordnung wurde entsprechend geändert. Ziel der Behörden sei es, durch schiffsbedingte Belastungen Gefahren abzuwehren, Umwelt und Ufer zu schützen

und die Sicherheit und Leichtigkeit der Verkehrsabläufe auf der Seeschiffahrtsstraße Elbe zu gewährleisten. Dass die bisherige Richtgeschwindigkeit jetzt durch eine verbindliche Höchstgeschwindigkeit

abgelöst wird, ist auch eine Folge des Planfeststellungsbeschlusses zur Elbvertiefung. Die Verkehrszentralen in Brunsbüttel und Cuxhaven überwachen die Einhaltung der Geschwindigkeit. ■



© Pixabay

Arbeitsunfall bei Telearbeit und Homeoffice

Die Zahl der alternierenden Telearbeitsplätze in der Polizei Hamburg steigt. Immer mehr Kolleginnen und Kollegen können ihre dienstliche Tätigkeit von zu Hause erledigen, womit die Dienststelle einen positiven Beitrag zur Vereinbarung von Familie und Beruf leistet. Nach einer Pilotierungsphase wurde die Zahl der Telearbeitsplätze im Jahr 2018 auf 100 erhöht, in diesem Jahr sollen weitere 50 Plätze folgen. Dazu kommt noch eine Vielzahl von Mitarbeitern, die unregelmäßig das sogenannte Homeoffice in Anspruch nehmen. Das Bundessozialgericht in Kassel musste nun in einem Fall von Homeoffice entscheiden, ob bei einem Unfall im Wohnbereich (die Klägerin stürzte auf der häuslichen Treppe) ein Arbeitsunfall vorliegt oder nicht. Die Vorinstanzen waren sich nicht einig. Die Klägerin obsiegte vor dem Sozialgericht, das Bayerische Landessozialge-

richt kassierte das Urteil und gab dem Beklagten recht. Das Bundessozialgericht urteilte nunmehr in seinem Beschluss vom 27. November 2018 (Az.: B2U28/17R), dass die an der Außentür des Wohnhauses orientierte Grenzziehung für Betriebswege nicht greift, wenn sich sowohl die Wohnung des Versicherten als auch seine Arbeitsstätte im selben Haus befinden und wenn der Betriebsweg in Ausführung der versicherten Tätigkeit zurückgelegt wird. Hier war, nach dem Arbeitsvertrag vereinbart, der Arbeitsort die Wohnung der Klägerin. Maßgebend für die Bejahung des Unfallversicherungsschutzes ist dann nicht die objektive Häufigkeit der Nutzung des konkreten Unfallorts innerhalb des Hauses, sondern die durch die objektiven Umstände des Einzelfalls bestätigte Handlungstendenz der Klägerin, eine dem Arbeitgeber dienende Tätigkeit

ausüben zu wollen. In dem konkreten Streitfall befand sich die Klägerin zum Zeitpunkt des Unfalls auf der Kellertreppe ihrer Privatwohnung auf dem Weg in ihr „Homeoffice“. Ihre objektivierte Handlungstendenz war, so das Gericht, darauf gerichtet, ihrer Tätigkeit als Beschäftigte im Sinne des § 2 Abs. 1 Nr. 1 SGB VII nachzukommen. Insofern ist bei gleich- oder ähnlich gelagerten Unfällen im Rahmen der Telearbeit oder des Homeoffice zu prüfen, ob die dem Unfall zugrunde liegende Handlung (zum Beispiel der Treppenweg vom beziehungsweise zum Telearbeitsplatz) darauf ausgerichtet war, die Telearbeit zu beenden, aufzunehmen beziehungsweise fortzusetzen. Entsprechend wäre dann der Dienststelle ein Arbeits- beziehungsweise Dienstunfall anzuzeigen.

Raimond Kasch



© P. M. Hill / Fotolia

> **Ruhestand***

Folgende Kollegin und folgender Kollege sind zum 31. Januar 2019 in den Ruhestand gegangen:

Schutzpolizei
 POKin Sabine Schneider PK 33
 PHK Andreas Schütt PK 31

Folgender Kollege ist zum 28. Februar 2019 in den Ruhestand gegangen:

IT
 PHK Johann Hagelkris IT 412

*Ruhestandsdaten werden nur veröffentlicht, wenn eine Einverständniserklärung vorliegt.